Beschluss Sichtbarkeit verteidigen. Solidarität leben. Queere Rechte europaweit stärken.

Gremium:	Präsidium
Beschlussdatum:	13.05.2026
Tagesordnungspunkt:	2. Anträge

Antragstext

1. Lage: Queere Rechte unter Druck – Sichtbarkeit als demokratische Praxis

Die Rechte von LSBTIQA*-Personen stehen europaweit unter wachsendem Druck. Rechtspopulistische und autoritäre Kräfte nutzen queerfeindliche Narrative gezielt, um gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und demokratische Errungenschaften zurückzudrängen. Queerfeindlichkeit ist damit Teil einer politischen Strategie gegen Vielfalt und Gleichberechtigung. Besonders betroffen von queerfeindlicher Gewalt und Ausgrenzung sind mehrfach marginalisierte Personen – etwa queere BIPoC, trans* Personen, queere Menschen mit Behinderung, jüdische oder muslimische Queers sowie Menschen mit geringem Einkommen. Solidarität muss diese unterschiedlichen Lebensrealitäten mitdenken.

Besonders sichtbar wurde diese Entwicklung in Polen. Angriffe auf Aktivist*innen, Einschränkungen von Sichtbarkeit und die sogenannten „LGBT-freien Zonen“ haben deutlich gemacht: Queere Rechte müssen aktiv verteidigt werden. Trotz politischer Veränderungen bleibt die Lage vieler Initiativen herausfordernd.

Auch in Deutschland beobachten wir eine zunehmende Polarisierung und Gewalt. Dies bezieht sich nicht nur auf Ostdeutschland, aber gerade in den ostdeutschen Bundesländern ist die Lage besonders kritisch. Gerade kleinere und mittlere CSDs berichten von steigenden Bedrohungen, rechten Gegenprotesten und wachsendem Sicherheitsaufwand. Gleichzeitig leisten lokale Initiativen unter schwierigen Bedingungen zentrale Arbeit für Sichtbarkeit, Schutzräume und demokratische Teilhabe.

CSDs sind dabei weit mehr als Veranstaltungen: Sie sind Orte politischer Sichtbarkeit, zivilgesellschaftlicher Organisation, demokratischer Selbstbehauptung und wichtige Schutzräume für die queere Community - insbesondere im ländlichen Raum. Gerade dort, wo Druck wächst, ist Sichtbarkeit kein Selbstzweck – sie ist Schutz und politisches Signal zugleich.

Viele Initiativen haben in den vergangenen Jahren unter hohem Einsatz genau diese Räume geschaffen und verteidigt. Dieses Engagement braucht konkrete Unterstützung.

Für Bündnis 90/Die Grünen ergibt sich daraus eine klare Verantwortung: Solidarität muss praktisch werden.

2. Herausforderungen und Fortschritte

Die Rahmenbedingungen für viele Initiativen sind schwierig: begrenzte Ressourcen, steigender Sicherheitsbedarf und zunehmende gesellschaftliche Spannungen. Gleichzeitig arbeiten viele Strukturen am Limit.

Trotzdem wurden in den letzten Jahren wichtige Fortschritte erreicht:

- Prides wurden auch unter schwierigen Bedingungen organisiert
- Neue Netzwerke sind entstanden
- Queere Themen wurden sichtbarer in politische Debatten eingebracht
- Das Selbstbestimmungsgesetz wurde verabschiedet

Diese Entwicklungen zeigen: Veränderung ist möglich – wenn sie unterstützt wird.

3. Langfristige Ziele in Deutschland: Sichtbarkeit stärken, Kooperation ausbauen, Strukturen sichern

Um bestehende Strukturen zu stärken und Austausch zu ermöglichen, wollen wir in der Pride-Saison 2026 queere Sichtbarkeit gezielt stärken und gleichzeitig internationale und regionale Zusammenarbeit ausbauen.

Zentrale Ziele unserer Grünen Politik vor Ort sind:

- Stärkung von LSBTIQA*-Sichtbarkeit in herausfordernden Regionen
- Praktische Umsetzung europäischer Solidarität
- Vertiefung deutsch-polnischer Kooperationen
- Unterstützung von Prides insbesondere in Ostdeutschland
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und queerer Beratungsorte
- Aufbau langfristiger Netzwerke zwischen Politik, Aktivismus und Gesellschaft

Dabei geht es nicht um einzelne Ereignisse, sondern um nachhaltige politische Wirkung.

4. Gemeinsam handeln: Europäische Verantwortung ernst nehmen

Angriffe auf queere Rechte sind Angriffe auf demokratische Grundwerte. Sie betreffen nicht nur einzelne Länder, sondern Europa als Ganzes. Deshalb braucht es eine gemeinsame Antwort: Zusammenarbeit statt Vereinzelung. Solidarität statt Rückzug.

Die Verbindung von Initiativen in Ostdeutschland und Polen schafft konkrete Mehrwerte:

- Gegenseitige Unterstützung
- Erfahrungsaustausch
- Gemeinsame Strategien gegen queerfeindliche Mobilisierung

Die Kämpfe vor Ort sind Teil eines größeren europäischen Zusammenhangs. Sie gemeinsam zu führen stärkt alle Beteiligten.

5. Umsetzung: Sichtbarkeit konkret stärken

Das Projekt verbindet internationale Zusammenarbeit mit regionaler Unterstützung:

Deutsch-polnischer Austausch

Wir knüpfen an die guten Beziehungen zu den polnischen Grünen an und arbeiten gemeinsam daran, die Rechte von LSBTIQA*-Personen in Polen und Deutschland zu verteidigen. Unter anderem möchten wir das Jubiläum der Warschau Pride nutzen, um gemeinsam unsere Kooperation und Vernetzung mit den polnischen Grünen zu vertiefen, indem wir sie dabei unterstützen, mehr Sichtbarkeit für ihren Einsatz für LSBTIQA*-Rechte zu erlangen.

Unterstützung zentraler Programmpunkte rund um das 25. Jubiläum der Warschau Pride in Kooperation mit dem europapolitischen Sprecher des Bundesvorstands:

- Vernetzungs- und Austauschformate
- Teilnahme einer deutschen Delegation und Unterstützung bei der 25-jährigen Warschau Pride sowie Durchführung eines Vernetzungstreffens in Warschau

Ziel ist die Stärkung der Sichtbarkeit queerer Kämpfe und die Erhöhung europäischer Aufmerksamkeit.

Unterstützung von Prides insbesondere in Ostdeutschland

Gezielte Förderung von:

- CSD Mecklenburg-Vorpommern
- CSD in Sachsen-Anhalt

Ziel ist die Stärkung lokaler Strukturen, die Absicherung von Sichtbarkeit und die konkrete Umsetzung von Solidarität.

Solidarität jenseits von Wahlkämpfen - „Grün ist Queer” leben

- Community Building Maßnahmen und Besuche bei zivilgesellschaftlichen queeren Organisationen, die queere Rechte stärken.
- Die Gremien der Partei wie z.B. Dachstruktur QueerGrün sollen stärker eingebunden und Zusammenarbeit ausgebaut werden.